

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

*Antragsteller*in: david baltzer*

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen

A9: Israel Palaestina: Nichtmilitärisches Konfliktmanagement stärken

Antragstext

- 1 Wir bitten die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, das Auswärtige Amt und die
2 Parteileitung folgende Punkte mit in ihre aktive Politik einzubeziehen und in
3 der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass neben der notwendigen Solidarität
4 mit dem Staat Israel alle Konfliktparteien dazu ermutigt werden,
5 nichtmilitärische Wege zu einem nachhaltigen Frieden in Nahost zu gehen. Wir
6 danken insbesondere Annalena Baerbock für ihre unermüdlichen diplomatischen
7 Bemühungen für eine nachhaltige Lösung der aktuellen Krise. Sowie der Suche nach
8 Wegen zum Frieden, die für beide Seiten ein Ende der Gewalt, ein Leben in
9 Selbstbestimmung und Würde auf der Grundlage von lebenswerten Grundbedingungen
10 ermöglicht.
- 11 - die Einsetzung eines sofortigen Waffenstillstandes in Gaza und zwischen der
12 Hamas und Israel, der das fortgesetzte Sterben der Zivilgesellschaft und die
13 fortschreitende Zerstörung der Infrastruktur beendet
- 14 - die Öffnung von weiteren Landzugängen für humanitäre Hilfe, schnellere
15 Abwicklung der Lieferungen sowie der Sicherstellung, dass die Lieferungen für
16 eine menschenwürdiges Leben der Zivilgesellschaft ausreichen
- 17 - Reduzierung der Unterstützung der jetzigen israelischen Regierung auf ein
18 minimum, ausgenommen der nötigen Luftverteidigung gegen den Raketenbeschuss aus
19 dem Libanon, Jemen und Gaza
- 20 - Beendigung der illegalen Landnahme im Westjordanland sowie der Unterstützung
21 von radikalen Aktionen der Siedlerbewegung gegen die palästinensische
22 Zivilbevölkerung

- 23 - Beendigung von dem Beschuss von Presse und zivilen Helfern in Gaza und
24 Westjordanland, wirkungsvolle rechtliche Aufarbeitung von solchen Vorfällen und
25 Entschädigung der Opfer
- 26 - um eine diplomatische Lösung und erste Schritte zu einem nachhaltigen Frieden
27 nicht zu gefährden keine weitere Tötung von Verhandlungsführern der Hamas
- 28 - weiterhin zu prüfen, ob eine Anerkennung eines Staates Palästina hilft, den
29 Friedensprozess konstruktiv zu fördern, insbesondere als Signal an die
30 palästinensische Seite, dass ihre Interessen gesehen werden
- 31 Wir begrüßen, dass es bisher zu keiner grösseren militärischen
32 Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hisbolla, dem Iran gekommen ist. Wir
33 hoffen, auf eine umfassende militärische Zurückhaltung aller Konfliktparteien
34 damit der Korridor für diplomatische Bemühungen nicht kleiner wird. Wir
35 begrüßen die Bestrebungen in der EU Sanktionen gegen radikale Minister der
36 jetzigen Regierung zu prüfen und umzusetzen. Wir halten eine Zurückhaltung der
37 deutschen Regierung zu Fragen der Verfahren des internationalen Gerichtshofes
38 für notwendig.

Begründung

Dieser Antrag basiert auf dem Beschluss zu Nahost der letzten BDK unter Einbeziehung des letzten Antrages der BAG Frieden in dieser Angelegenheit. Die Krise hat sich seitdem allerdings stetig weiter verstärkt, so dass wir energischen Druck auf die jetzige israelische Regierung für nötig halten. Wir sehen die äussert schwierige Situation von Israel, nach den Massakern vom 7. Oktober 2023 durch die Hamas das Staatsgebiet von Israel und das Leben seiner Bewohner:Innen erfolgreich zu schützen. Die letzten Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, dass die Eskalationsspirale sich immer weiter dreht und die Gefahr eines grossen Nahostkrieges weiter steigt, wie auch die Verärtung in beiden Zivilgesellschaften die Fähigkeit für eine Friedenslösung immer weiter vermindert. Wir können nicht erkennen, dass die jetzige israelische Regierung in der Lage ist und Willens, Wege des Friedens zu gehen, die nicht auf Dauer zu Lasten der palästinenschen Bevölkerung gehen. Wir möchten die Handelnden von Bündnis 90 / Die Grünen ermutigen, sich weiterhin energisch für die demokratische israelische Zivilgesellschaft einzusetzen, den jetzt handelnden Regierenden soweit es geht die Unterstützung zu entziehen und diejenigen Kräfte der palästinensischen Zivilgesellschaft zu stärken, die selber unermüdlich für Frieden und Selbstbestimmung arbeiten und für eine freie Gesellschaft aller in Nahost aktiv sind.